

zu TOP

Mainz, 21.06.2017

Anfrage 0975/2017 zur Sitzung am 28.06.2017

Flüchtlings- und Integrationskosten (CDU)

Laut einem aktuellen Bericht der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 18/12688) hat der Bund die Bundesländer und die Kommunen im Jahr 2016 im Bereich der Flüchtlings- und Integrationskosten um 9,3 Milliarden Euro entlastet. Rheinland-Pfalz erhielt alleine rund 17 Millionen Euro für die Verbesserung der Kinderbetreuung vor Ort. Davon kamen aber nur gut 14 Millionen Euro bei den Kommunen. Auch bei weiteren Entlastungskosten in Höhe von 5 Milliarden Euro gab das Land deutlich weniger, nämlich nur rund ein Fünftel des vom Bund zur Verfügung gestellten Entlastungsbetrages, an die Kommunen weiter.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Welche Beträge hat die Verwaltung vom Land Rheinland-Pfalz im Jahr 2016 zur Bewältigung der Flüchtlings- und Integrationskosten bzw. zur Entlastung der vielfältigen Aufgaben in diesem Bereich erhalten?
2. Wie beurteilt die Verwaltung die Tatsache, dass das Rheinland-Pfalz die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel nicht vollständig an die Kommunen weitergegeben hat?
3. Hat sich die Verwaltung beim Land Rheinland-Pfalz für eine vollständige Weitergabe der Bundesmittel an die Kommunen eingesetzt? Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Wenn nein, warum nicht?

Hannsgeorg Schöning
Fraktionsvorsitzender